STADT WETZLAR

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	14. Sitzung
Datum	Dienstag, den 26.06.2007
Sitzungsbeginn	18:35 Uhr
Sitzungsende	21:25 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend waren:
vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Heyer,	CDU
Fraktionsvorsitzende Lefèvre,	FW
Stadtverordnete Donges-Herbel,	SPD
Stadtverordnete Droß,	SPD
Stadtverordneter Kleber,	SPD
Stadtverordneter Wagner,	SPD
Stadtverordneter Breidsprecher,	CDU
Stadtverordneter Hedderich,	CDU
Stadtverordneter Rupp,	FW
Stadtverordneter Borchers,	B90/Grüne

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Dette,	FDP
Stadtrat Hauptvogel,	FW

von der Verwaltung:

Herr Gürsch, Büro des Magistrats	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne
Herr Peters, Rechtsamt	ohne

ferner waren anwesend:

AV Heyer eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :
TOP 1
0496/07
Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Feststellung des Jahresabschlusses 2006

TOP 2
Vorstellung des Planungskonzeptes Spilburg II

TOP 3
0503/07
Luftreinhalteplan für das Gebiet Lahn-Dill

TOP 4
0489/07
Jahresrechnung 2006
Über- und außerplanmäßige Ausgaben

TOP 5
0472/07
Hallenbad Europa
Erhöhung der Eintrittspreise

TOP 6
0482/07
Kalsmunt
Prüfung des baulichen Zustands und Kostenermittlung

TOP 7
0483/07
Garbenheimer Lahnaue und angrenzende Gemarkungsbereiche
Beschäftigung für Arbeitslose gemäß § 16 Abs. 3 SGB II

TOP 8
0487/07
Abschlussbericht Gewerbemonitor 2007

TOP 9
0462/07
Einführung einer City Card / Stadtkarte
Prüfungsauftrag (Drucksachen Nr. 0265/06-I/104)

TOP 10
Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 29.05.2007

TOP 11
Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung**:**

TOP 1
0496/07
Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Feststellung des Jahresabschlusses 2006

Wirtschaftsprüfer Herr C o o k erläuterte die wesentlichen Prüfungsergebnisse des Jahresabschlusses 2006. Er bestätigte auf Hinweis von Stv. H e d d e r i c h, dass es auf Seite 28 statt minus zwei neun lauten müsse. Auf Frage von Stv. W a g n e r nach der Nachbesetzung von Altersteilzeitstellen und Förderungen erklärte StR H a u p t v o g e l, dass der Eigenbetrieb die Altersteilzeitregelung der Stadt Wetzlar übernommen habe. Herr S c h ä f f n e r erläuterte die Regelung und versicherte, dass die Wiederbesetzung von Personalstellen geprüft und mögliche Förderungen genutzt werden. Auf Frage des Stv. K l e b e r nach der Auslastung des Wertstoffhofes berichtete Herr S c h ä f f n e r, dass seit Anpassung der Öffnungszeiten ab dem 01.03.2007 eine deutlich gestiegene Nachfrage zu verzeichnen sei.

Er erklärte auf Frage des Stv. W a g n e r, dass bei Fahrzeugneubeschaffungen grundsätzlich auf Schadstoffarmut geachtet werde. Auf Frage des Stv. W a g n e r nach dem auf Seite 19 angesprochenen Verlustausgleich durch die Stadt erklärte OB D e t t e, dass dafür bislang keine Finanzmittel im Kernhaushalt veranschlagt worden seien. Dies wäre ab 2010 erforderlich. Auf Anregung des Stv. B o r c h e r s, bereits im Vorfeld eine Forderungsberechnung und Erhöhung der Eigenkapitalsquote des Eigenbetriebes in Betracht zu ziehen, antwortete OB D e t t e, dass zunächst das Ergebnis 2007 abgewartet werden solle.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 2
Vorstellung des Planungskonzeptes Spilburg II

- a b g e s e t z t -

TOP 3
0503/07
Luftreinhalteplan für das Gebiet Lahn-Dill

Frau Dr. M a n g stellte die wesentlichen Punkte des Entwurfes des Luftreinhalteplanes für das Lahn-Dill-Gebiet vor. FrkV M i c h a l e k fragte, warum Gießen und Wetzlar bei der PM 10 unterschiedliche Werte aufweisen, wie weit die EU-Novellierung zu den Grenz-

werten PM 10 sei und nach Zuschüssen für Maßnahmen im Rahmen verabschiedeter Luftreinhaltepläne. Frau Dr. M a n g legte dar, dass bereits verschiedene Topographien im kleinräumigen Bereich zu Unterschieden führen können. Die EU-Novellierung der neuen Richtlinie für Luftqualität sei in erster Lesung im EU-Parlament beraten worden. Es werde noch ein gemeinsamer Standpunkt des EU-Ministerrates angestrebt. Zuschüsse zu Maßnahmen von Luftreinhalteplänen seien ihr nicht bekannt.

Auf Frage von Stv. W a g n e r, wie mit vorgebrachten Bedenken und Einhaltung der Maßnahmen durch die Kommune seitens des Ministeriums verfahren werde, erwiderte Frau Dr. M a n g, dass vorgebrachte Bedenken zur Kenntnis gegeben werden. Die Luftreinhaltepläne seien an die Verwaltungen gerichtet und diese sollten sich an die Umsetzung der Maßnahmen gebunden fühlen. Sie verneinte die Frage von Stv. Dr. I h m e l s, ob das Kriterium TA Luft durch die Reinhaltepläne verschärft werde. Zu seiner weiteren Frage nach der Kollision von Holzheizungssystemen mit dem Luftreinhalteplan erklärte sie, dass Pellets und Holzhackschnitzel gegenüber der Kaminverfeuerung deutlich bessere Verbrennungstechniken aufweisen.

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l bezeichnete den Maßnahmenkatalog als unbefriedigend. Auf ihre Frage bestätigte Frau Dr. M a n g, dass weitere Maßnahmen aufgenommen werden können. Zur Frage von Stv. B o r c h e r s, ob die Maßnahmen der Stadt Wetzlar und Gießen vollständig übernommen worden seien, führte Frau Dr. M a n g aus, dass grundsätzlich die von den Städten festgelegten Maßnahmen übernommen werden. Weitere Maßnahmen werden in Betracht gezogen, wenn die vorgeschlagenen erkennbar nicht ausreichen und weitere unter Abwägung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses realisierbar seien. Die Kommunen hätten die Maßnahmen durchzuführen. Bei einer Nichtumsetzung bestehe allerdings keine Sanktionsregelung seitens des Ministeriums.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 4
0489/07
Jahresrechnung 2006
Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 5
0472/07
Hallenbad Europa
Erhöhung der Eintrittspreise

Stv. K l e b e r beantragte, keine Beschlussfassung vorzunehmen, da der Sozialausschuss vor der Stadtverordnetenversammlung nochmals beraten und beschließen wolle. Stv. H e d d e r i c h erklärte, auf Grund der negativen Kostenauswirkungen für Rentner, auf die Fortführung der Jahreskarte zu bestehen. Stv. B r e i d s p r e c h e r hielt dementgegen, dass andere Bäder solche Karten nicht anbieten. Angesichts der Kostensituation der Bäder und der hohen Subventionierung durch die Stadt, sei die Beibehaltung von Privilegien kleinerer Bevölkerungsgruppen nicht mehr vertretbar. Stve. D r o ß hinterfragte die Preiserhöhung der Familienkarte gegenüber der grundsätzlichen Nicht-

erhöhung der Eintrittspreise. OB D e t t e schlug vor, die Diskussion über die Eintrittspreise des Freibades nach der Sommerpause zu führen. Für das Hallenbad allerdings müsse wegen der technischen Umsetzung ein Beschluss herbeigeführt werden. FrkV R i n n und Stv. B o r c h e r s sprachen sich für den Vorschlag von Stv. Kleber aus, keine Abstimmung vorzunehmen.

Die Ausschussmitglieder verzichteten auf eine Abstimmung.

TOP 6
0482/07
Kalsmunt
Prüfung des baulichen Zustands und Kostenermittlung

Die Ausschussmitglieder übernahmen folgenden Änderungsvorschlag des Bauausschusses:

„Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wieweit der Zerfall der Kalsmuntanlage fortgeschritten ist und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um den weiteren Zerfall zu stoppen und zu gewährleisten, dass Passanten bzw. Besucher des Turmes nicht gefährdet werden. **Weiterhin sind die zur Sanierung des vorhandenen Mauerwerks erforderlichen Maßnahmen und Kosten zu ermitteln.** Eine Bestandsaufnahme ist zu erstellen sowie ein detaillierter Plan über die durchzuführenden Maßnahmen **(insbesondere Freilegung der Grundmauern, Sanierung der vorhandenen Umgebungsmauern des Turmes sowie die Freischnitts der Begrünung, so dass der Turm aus allen Richtungen frei sichtbar ist)** mit den entsprechenden Kosten.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum **30.11.2007** vorzulegen."

Abstimmung: 11.0.0

TOP 7
0483/07
Garbenheimer Lahnaue und angrenzende Gemarkungsbereiche
Beschäftigung für Arbeitslose gemäß § 16 Abs. 3 SGB II

FrkV L e f è v r e stellte folgenden Initiativantrag:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, durch welche personellen Maßnahmen die unterschiedlichen Interessenbereiche, von Freizeitnutzung einerseits sowie landwirtschaftlicher Nutzung und insbesondere Umwelt- und Naturschutz andererseits, für den Bereich der Lahnaue und der angrenzenden Gemarkung Garbenheim und den Gemarkungsbereich Naunheim Lahninsel dauerhaft in Einklang gebracht werden können."

Stv. W a g n e r informierte darüber, dass der Ortsbeirat Naunheim dem ursprünglichen Antrag einstimmig zugestimmt habe. Nach Ansicht der Stv. D r o ß sei der Antrag von FrkV Lefèvre weitergehend und inhaltlich verschieden vom ursprünglichen Antrag und bat um Abstimmung über ihren ursprünglichen Antrag. Diesem Vorbringen wurde von Stv. B r e i d s p r e c h e r widersprochen, da seiner Meinung nach der ursprüngliche Antrag durch die Schaffung von vollendeten Tatsachen weitergehender sei als der Initiativantrag. Er plädierte für eine vorausgehende Prüfung des Antrages.

Stv. B o r c h e r s schlug vor, auf eine Abstimmung zu verzichten und den Antrag im Geschäftsgang zu belassen. Dadurch erhalte auch der Umweltausschuss Gelegenheit, über den Initiativantrag zu beraten. Stve. D r o ß verwies darauf, dass bereits vor zwei Jahren auf Grund eines Antrages des Ortsbeirates Garbenheim eine Stellungnahme des Magistrates über den Einsatz von ehrenamtlichen Personen, die in der Lahnaue tätig werden sollten, ergangen sei. Geschehen sei aber nichts, so dass sie befürchte, dass der Magistrat auch weiterhin diese Problematik ignoriere.

StR H a u p t v o g e l hielt dementgegen, dass der Magistrat den Wert der Lahnaue für den Naturschutz anerkenne und bereits etliche Maßnahmen zu dessen Erhalt durchgeführt habe. Die Moderation mit den verschiedenen Nutzern habe erbracht, wie schwierig die Belange der Nutzer und des Naturschutzes zu sichern seien. Der Einsatz von ehrenamtlichen Personen sei tatsächlich nicht gelungen und der Einsatz von anderen Maßnahmen erforderlich. Stv. W a g n e r stellte ebenfalls den Antrag, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen und den Initiativantrag dem Ortsbeirat Naunheim weiterzuleiten.

Die Ausschussmitglieder nahmen keine Abstimmung vor.

TOP 8
0487/07
Abschlussbericht Gewerbemonitor 2007

Stv. K l e b e r hinterfragte die Repräsentativität, da von 100 gemeldeten Unternehmen sich lediglich 39 an der Umfrage beteiligt hätten. StR H a u p t v o g e l erwiderte, dass sich große, wie aber auch mittlere und kleinere, Unternehmen beteiligt hätten, so dass die Repräsentativität gewährleistet sei.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 9
0462/07
Einführung einer City Card / Stadtkarte
Prüfungsauftrag (Drucksachen Nr. 0265/06-I/104)

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 10
Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 29.05.2007

<u>Mitteilungen</u>

OB D e t t e informierte über folgende Themengebiete:

<u>Wiedereinführung des Kfz-Kennzeichens „WZ“</u>

Der Lahn-Dill-Kreis habe die Herausgabe eines solchen Kfz-Zeichens wegen fehlender Notwendigkeit abgelehnt. Jetzt werde die Einrichtung eines eigenen Zulassungsbezirkes geprüft.

Stadtentwicklungspolitik

Die Bundesregierung habe den Optikparcours in die Auszeichnung für Stadtentwicklungspolitik aufgenommen.

Ausbau des Wetzlarer Stadions

Der hessische Innenminister habe eine Mitfinanzierung in Höhe von 750.000,00 € zugesagt. Der förmliche Antrag der Stadt sei inzwischen in Vorbereitung.

Euro-Basketball 2007

Die Deutsche Bahn habe für die Dauer der EM besondere Maßnahmen im Wetzlarer Bahnhof zugesagt, wie barrierefreier Zugang zu den Gleisen und die Vorhaltung von zusätzlichem Personal und Zugansagen.

Kraftwerkanlage im Dillfeld

Die Firma RWE habe Interesse an einer möglichen Beteiligung an einer solchen Anlage gezeigt und sich die Rahmenbedingungen der Stadtverordnetenversammlung aushändigen lassen. Die Firma Buderus habe weiterhin Interesse an der Umsetzung des Projektes.

Kommunaler Migrationsbericht

Die kommunale Entwicklungsplanung der Stadt sei mit der Erstellung eines Migrationsberichtes beauftragt worden, um bestehende Problemlagen und Handlungsnotwendigkeiten einschätzen zu können. Die Migranten seien mittelfristig ein Faktor, der zur Bevölkerungsstabilisierung beitrage.

Anfragen

Energiekonzept Europabad

Auf Frage der Stv. D r o ß nach dem Sachstand berichtete OB D e t t e, dass auf Grund einer Prüfung die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes technisch und wirtschaftlich positiv zu bewerten sei. Die Energieversorgung hinsichtlich des Neubaugebietes „Rothenberg“ in Garbenheim könne noch nicht abschließend vorgelegt werden, da dies von der Weiterentwicklung der Planungen abhängig sei.

Sportförderung der Stadt

Stv. K l e b e r fragte auf Grund der eingestellten Mittel für den Euro-Basketball 2007 nach den Mitteln für die Handball-WM. Laut OB D e t t e sei hierzu ein Zuschuss von 5.000,00 € zur Hallenmiete geleistet worden und zur Hallentechnik. Beim Euro-Basketball

bedinge insbesondere der Transport einen höheren finanziellen Aufwand. Auf Hinweis von Stv. W a g n e r nach einer öffentlichkeitswirksamen Werbung im Stadtbild versicherte StR H a u p t v o g e l, dass Hinweistafeln im Stadtbild und den Stadteinfahrtswegen aufgestellt werden. Weiterhin werden mit dem Stadt-Marketing und dem Organisationskomitee im Rahmen des Begleitprogramms weitere Maßnahmen organisiert.

Hotel-Areal im Bereich der Rittal-Arena

Auf Frage der Stv. D r o ß nach dem Sachstand berichtete StR H a u p t v o g e l, dass das Hotelkonzept nicht weiter verfolgt werde, da das Grundstück zu klein sei, um ein Hotel wirtschaftlich zu führen. OB D e t t e ergänzte, dass das Grundstück als Vorratsfläche gehalten werde, evtl. zur Vermarktung als zusätzliches Parkgebäude oder für Gaststättenbetriebe.

Niederschrift vom 29.05.2007

Seite 8, TOP 4, 3. Absatz

Stv. B o c h e r s erklärte, dass es lauten müsse:

„Auch Stv. B o r c h e r s erklärte, dass die konkrete Festlegung der Vergünstigungen nicht von den Stadtverordneten in der Satzung beschlossen werden sollte, da ansonsten bei jeder Änderung eine Änderungssatzung erfolgen müsse."

Die Niederschrift wurde mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 11
Verschiedenes

Stv. W a g n e r bat darum, die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses mit dem Aufsichtsrat der enwag künftig mit in den Terminkalender aufzunehmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss AV H e y e r den öffentlichen und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.